



Niederschrift 15. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.02.2010
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:45 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 1.077, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU

Ausschussmitglieder

Frau Hella Drohla	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 20:25 Uhr
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Herr Andreas Menzel	Grüne/B90	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat
Herr Florian Engels	SPD
Frau Beate Kruczek	FDP
Herr Karl Ofcsarik	SPD
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

Gast

Frau Josefine Ewers	FB Schule und Sport
Herr Prof. Dr. Wolfgang Thiel	Musikschule
Herr Wolfgang Bogel-Meyhöfer	Staatliches Schulamt
Frau Carmen Lehmann	FB Schule und Sport
Herr Horst Müller-Zinsius	Geschäftsführer ETW Bornstedter Feld
Frau Sigrun Rabbe	ETW Bornstedter Feld
Frau Ute Sello	Geschäftsführerin Bäderlandschaft Potsdam GmbH

Frau Sybille Strotzer	Zentrale Steuerungsunterstützung
Herr Frank Danzer	101
Herr Markus Schönrock	101
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Philipp Stadler	Hyzernauts Discgolf Club
Herr Peter Degener	Hyzernauts Discgolf Club
Herr Karl Hildebrandt	MAZ
Herr Jan Brunzlow	PNN
Frau Gudrun Wildgrube	Schriftführerin

Nicht anwesend sind:

sachkundige Einwohner

Herr Frank Prinz-Schubert	Die Andere	Entschuldigt
Frau Inge Stab	Grüne/B90	Entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.01.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Sachstand Grundschule Bornstedter Feld
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Entgeltordnung der Schwimmhallen und Strandbäder
Vorlage: 10/SVV/0036
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
 - 4.2 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern in der Landeshauptstadt Potsdam
Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0055
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
auch alle Ortsbeiräte
 - 4.3 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen
Vorlage: 09/SVV/1153
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.4 Beratung der Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2010 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
 - 4.5 Einführung Genderbudgeting
Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0092
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
auch alle Ortsbeiräte

- 4.6 Pierre-de-Coubertin-Oberschule
Vorlage: 09/SVV/1068
Fraktion DIE LINKE
- 4.7 Potsdamer Gesamtschulkapazitäten bedarfsgerecht gestalten
Vorlage: 09/SVV/1165
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Information zum Landeswettbewerb "Jugend musiziert"
- 5.2 Volksinitiative "Musikalische Bildung für alle" - Berichterstattung
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.01.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Schröder stellt die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er informiert, dass man sich telefonisch zu dem Vorschlag, am 09. März 2010 eine außerordentliche Sitzung zum Haushalt durchzuführen, abgestimmt habe. Er lässt dazu abstimmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport wird am 09. März 2010 um 17:30 Uhr eine außerordentliche Sitzung zum Haushalt 2010 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 0

Zur Niederschrift der Sitzung am 26.01.2010 gibt es keine Änderungswünsche.

Herr Schröder informiert, dass zu TOP 4.4. von Herrn Stadler, Präsident des Hyzernauts Discgolf Clubs, ein Antrag auf Rederecht vorliegt. Er bittet um Vorschläge zur Änderung bzw. Ergänzung der Tagesordnung.

Zum Antrag auf Rederecht gibt es seitens der Ausschussmitglieder keine Einwände.

Frau Drohla bittet unter TOP Sonstiges um eine Stellungnahme der Verwaltung zum Beschluss des Ortsbeirates Neu Fahrland vom 19.01.2010 (09/OBR/0247).

Frau Dr. Orlowski hat unter Sonstiges eine Nachfrage zur Schließung des Kunstraumes im Helmholtz-Gymnasium.

Herr Menzel bittet um Information zur Nichteröffnung des Schulerweiterungsbaus Groß Glienicke.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 26.01.2010 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung

zu 3 Sachstand Grundschule Bornstedter Feld

Herr Schröder begrüßt Herrn Müller-Zinsius und Frau Rabbe und erteilt ihnen das Wort.

In Vorbereitung der Sitzung wurde den Ausschussmitgliedern ein schriftlicher Sachstand ausgereicht.

Frau Rabbe trägt den Sachstand anhand einer Präsentation vor. Sie macht Ausführungen zu Planung und Bauablauf und zur Sicherung der Schulwege.

Herr Menzel verweist auf Neubauten, die mit Geruchs- und Schadstoffbelastung behaftet seien. Er bittet den Entwicklungsträger darauf zu achten, dass dies beim Bau der Grundschule nicht zutrifft. In der Arbeitsgruppe seien Punkte hinsichtlich der Sicherung der Verkehrswege seitens der Stadt offen geblieben. Er bittet Frau Ewers dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt diese bis zur Schuleröffnung abarbeite.

Herr Müller Zinsius verweist darauf, dass dies erst für den Haushalt 2011 zutreffen könne.

Frau Ewers erklärt, dass sich der Bereich Verkehrsentwicklung der Stadtverwaltung und der Entwicklungsträger Bornstedter Feld abstimmen werden.

Herr Menzel spricht den Brandschutz an und möchte wissen, ob für die Flure entsprechende brandschutzsichere Schaukästen vorgesehen seien.

Frau Rabbe informiert, dass das Brandschutzgutachten mit Änderungen von der Bauaufsicht genehmigt sei. Es werde eine Übergabe des Gebäudes an den Betreiber geben. Man werde sehen, wie die Praxis dann aussehe.

Herr Müller Zinsius ergänzt, dass Schaukästen für die Flure nicht vorgesehen seien.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass sich zur Zeit für die Karl-Foerster-Schule 195 Kinder angemeldet haben. Das seien mehr als der Schulentwicklungsplan aussagt. Sie bittet Herrn Müller-Zinsius, den Ausschussmitgliedern die Position des Entwicklungsträgers Bornstedter Feld zu einer weiterführenden Schule zu erklären.

Herr Müller Zinsius erläutert, dass nach der bisherigen Rahmenplanung für das Bornstedter Feld keine weiterführende Schule vorgesehen sei. Der Rahmenplan

für das Bornstedter Feld werde aber gemeinsam mit dem Fachbereich Stadtentwicklung und Bauen überarbeitet. Das Bornstedter Feld soll 6.000 Wohneinheiten und 12.000 Einwohner haben. Ausgehend von diesen Zahlen sei der Bau einer weiterführenden Schule nicht zu rechtfertigen. Aus dem Treuhandvermögen des Entwicklungsträgers könne 1 Zug finanziert werden. Der Rest müsse über den Haushalt der Stadt finanziert werden. Der Entwicklungsträger ist Treuhänder der Landeshauptstadt Potsdam. Wenn er das Geld bekomme, werde die Stadt erhalten, was sie bestelle.

Frau Magdowski plädiert dafür, sich bei der Überarbeitung der Rahmenplanung auf die neue Entwicklung einzustellen.

Herr Müller Zinsius erklärt, wenn die Stadtverordneten den Bau einer weiterführenden Schule im Bornstedter Feld beschließen, müsse man Geld im Haushalt einstellen.

Es schließen sich Fragen der Ausschussmitglieder zur Präsentation der Grundschule Bornstedter Feld an, die Frau Rabbe beantwortet.

Frau Engel-Fürstberger verweist auf zwei Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung und Zeitplanung einer weiterführenden Schule im Potsdamer Norden. Sie bittet um einen Sachstand in der Märzsitzung des Bildungsausschusses.

Frau Ewers informiert, dass es dazu einen Tagesordnungspunkt in der Stadtverordnetenversammlung am 03. März 2010 gebe.

Frau Engel-Fürstberger verweist auf den Prüfauftrag zum Schulentwicklungsplan bezüglich einer Grundschule im Potsdamer Norden.

Frau Ewers informiert, dass man mit der Schulentwicklungsplanung zu dem Ergebnis kam, dass die Grundschulversorgung mit der Karl-Foerster Schule und der Grundschule in der Pappelallee abgesichert sei. Was fehle, sei eine weiterführende Schule.

Herr Müller Zinsius erklärt, die Grundstücksfindung könne in die zu überarbeitende Rahmenplanung einfließen. Man müsse sich jedoch rechtzeitig klar machen, wie die Schule finanziert werde.

Herr Schröder meint, der Auftrag für eine weiterführende Schule sei mit der Schulentwicklungsplanung an die Verwaltung erteilt worden. Er sehe keinen Bedarf für einen erneuten Antrages aus dem politischen Raum.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Entgeltordnung der Schwimmhallen und Strandbäder Vorlage: 10/SVV/0036

Herr Schröder begrüßt Frau Sello, Geschäftsführerin der Bäderlandschaft Potsdam GmbH.

Frau Sello gibt Erläuterungen zur Vorlage.

Herr Klamke hat ein Problem damit, dass man dem Vergleich Entgeltordnungen verschiedener Städte des Landes Brandenburg zugrunde gelegt habe. Die Stadt-

verordnetenversammlung habe einen Zuschuss für die Bäderlandschaft beschlossen. Wenn sich die Preise erhöhen, gehe er davon aus, dass man eine betriebswirtschaftliche Kostendarstellung vorlege.

Frau Sello informiert, dass für 2009 eine Wirtschaftlichkeitsanalyse vorliege. Es war klar, dass die Zuschüsse nicht ausreichen. Es habe von Anfang an eine Unterdeckung gegeben, die bisher von den Stadtwerken abgedeckt wurde.

Frau Engel-Fürstberger wäre bereit dem Antrag zuzustimmen, plädierte aber für die Erhöhung der Nutzungszeit von 1,5 auf 2 Stunden.

Frau Sello verweist auf den gleichen Änderungsantrag im Finanzausschuss am 17.02.2010. Man werde es so machen, könne aber noch nicht einschätzen, was in Spitzenzeiten des Besucherandrangs passiere.

Frau Ewers erklärt, man sei bereit dem Antrag aus dem Finanzausschuss zu folgen und den Prüfauftrag in 1 bis 2 Jahren zu evaluieren. Die Entwicklung müsse man abwarten.

Frau Drohla könne den Antrag nicht befürworten, weil Rentner am meisten zahlen sollten. Bei einer Erhöhung der Nutzungszeit auf 2 Stunden sei sie allerdings einverstanden.

Dr. Steinicke meint, objektiver Maßstab sollte die Entwicklung des durchschnittlichen Einkommens in den letzten neun Jahren und nicht die Entwicklung der Preise im Umland sein.

Herr Menzel verweist darauf, dass die Stadt jährlich höhere Zuschüsse an die Bäderlandschaft zahle.

Herr Schröder stellt den im Finanzausschuss am 17.02.2010 durch Punkt 3 ergänzten Antrag zur Abstimmung.

Beschlusstext:

- 1. Aufhebung der Entgeltordnung der städtischen Schwimmhallen und Strandbäder sowie Bootsplätze der Landeshauptstadt Potsdam vom 16.11.2001.**
- 2. Eintrittspreise für die Schwimmhallen und Strandbäder der Stadtwerke Potsdam GmbH gemäß Anlage.**
- 3. Außerdem wird geprüft. Ob die Dauer der Nutzungszeiten auf 2 Stunden verlängert werden kann. Dabei sind die kalkulatorischen Auswirkungen zu überprüfen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

**zu 4.2 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern in der Landeshauptstadt Potsdam
Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0055**

Frau Ewers informiert, dass die Mitteilungsvorlage zwischen dem Servicebereich

Finanzen und Berichtswesen und dem Fachbereich Schule und Sport abgestimmt sei. Im Ergebnis der beiden Workshops wurde der Oberbürgermeister beauftragt, einen Stufenplan zur Einführung eines kostengünstigeren Schülertickets zu erarbeiten. Im ersten Schritt sollte es eine Kostenerstattung von 25 % für ein Jahresticket geben. In weiteren Schritten sollte der Prozentsatz des Zuschusses erhöht werden. Angesichts der Finanzlage rate man in der Mitteilungsvorlage davon ab. Einige Ausschüsse haben bereits dementsprechend votiert. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales habe die Vorlage zurückgewiesen.

Frau Engel-Fürstberger erklärt, man werde einen Umsetzungsbeschluss in die Haushaltsdiskussion einbringen und vorschlagen, dass 300 TEuro eingestellt werden.

Herr Menzel erklärt, dass man der Stadt einen klaren Arbeitsauftrag erteilt habe, der vom Geschäftsbereich 1 nicht erfüllt wurde. Die Vorlage entspreche nicht den Interessen der Potsdamer Eltern. Im letzten Jahr habe diese Maßnahme auf Platz 1 im Bürgerhaushalt gestanden.

Herr Wollenberg fordert ,die Vorlage zurückzustellen und zu behandeln, sobald es Klarheit über die Gesetzeslage auf Landesebene gebe.

Herr Schröder schlägt vor, das Anliegen im Rahmen der Haushaltsberatung mit Anträgen zu untersetzen.

Frau Drohla mahnt an, dass trotz zweier Workshops kein Zeitplan erstellt wurde.

Frau Strotzer macht darauf aufmerksam, dass man sich im Konzept zum Bürgerhaushalt darauf geeinigt habe, dass auch gesagt werden müsse, woher das Geld komme. Jede Maßnahme sei finanziell zu untersetzen.

Frau Engel-Fürstberger spricht sich dafür aus, das Problem in der Haushaltsdiskussion zu thematisieren. Die Vorlage sollte zurückgewiesen werden.

Herr Menzel erklärt, dass man im Workshop Vorschläge erarbeitet habe, die in der Mitteilungsvorlage keine Beachtung finden.

Herr Schröder verweist darauf, dass es eine Mitteilungsvorlage sei, die man nur zur Kenntnis nehmen könne. Die Debatte sollte man in der Haushaltsberatung führen

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage 09/SVV/0055 empört zur Kenntnis.

zu 4.3 Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern, sowie Mädchen und jungen Frauen Vorlage: 09/SVV/1153

Herr Menzel erläutert, das Anliegen des Antrages sei, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam dem Thema stelle und Sensibilität bei den Beteiligten hervorgerufen werde.

Frau Engel-Fürstberger möchte ein praktikables Beispiel benannt haben.

Frau Ewers erklärt, dass man sich in einer Jugendhilfeausschussklausur damit

befasst habe. Es sei geplant, dass Fachkräfte bzw. andere Kommunen, die solche Leitlinien haben, zum Thema beraten sollen. Die Fachdiskussion solle im II. und III. Quartal 2010 erfolgen. Sie gehe davon aus, dass der Antrag wie im Jugendhilfeausschuss am 11.02.2010 vom Antragsteller zurückgestellt werde.

Herr Menzel stellt den Antrag zurück.

zu 4.4 Beratung der Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2010 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Herr Stadler erläutert die Situation zu Punkt 20 auf der Liste. Der Golf Parkur werde gut angenommen. Man habe inzwischen 50 Vereinsmitglieder. Mit der Sportart werde in Reiseführern für die Region Brandenburg geworben. Der Verein möchte Deutsche – und Europameisterschaften durchführen, wofür 2 Parkure Voraussetzung seien. Jetzt solle der Rückbau der Anlage erfolgen.

Frau Frevert bestätigt die Beliebtheit der preiswerten Sportart bei Jugendlichen.

Frau Strotzer informiert, dass die Befragung zum Bürgerhaushalt zum 3. Mal durchgeführt wurde. Es gab 5.365 Teilnehmer. Zur Abstimmung stehen die ersten 20 Plätze.

Herr Schröder erklärt, dass sich der Ausschuss für Bildung und Sport mit den Plätzen 2, 5, 14 und 20 befasse.

Es schließen sich die Diskussion und Abstimmung an.

Platz 2 – Rollsportfeld am Blauhaus: Sanierung, Überdachung, Tribünenbau
Votum des Ausschusses für Bildung und Sport: Prüfauftrag
Umsetzung der Maßnahme unter Berücksichtigung der städtebaulichen Planung (Wohnungsbau) ggf. Ersatzstandort für Tennisclub Rot-Weiß.
Abstimmungsergebnis: 7/0/0

Platz 5 – Fahrkartenpreise im ÖPNV für Schüler senken
Votum des Ausschusses für Bildung und Sport: Annahme
Die Deckungsquelle ist zu benennen.
Abstimmungsergebnis: 5/2/0

Platz 14 – Bau einer Eissporthalle oder Kunsteisbahn für Curling und Eisstockschießen
Votum des Ausschusses für Bildung und Sport: Ablehnung aus Kostengründen
Abstimmungsergebnis: 6/0/1

Platz 20 – Öffentliche Discgolf-Anlage am Stadtrand errichten
Votum des Ausschusses für Bildung und Sport: Prüfauftrag
Sicherung von mindestens 14 Bahnen
Abstimmungsergebnis: 6/0/1

zu 4.5 Einführung Genderbudgeting Mitteilungsvorlage: 10/SVV/0092

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Federführung beim Geschäftsbereich 1 liege. Dort stelle man Recherchen an, um geeignete Fachreferenten mit Erfahrung im Genderbudgeting nach Potsdam einzuladen.

Herr Menzel verweist darauf, dass der Antrag vom März letzten Jahres sei.

Frau Drohla bittet darum, einen Termin festzulegen. In der Ausschusssitzung am 23.03.2010 sollte der Geschäftsbereich 1 einen Termin für eine Informationsveranstaltung benennen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage 10/SVV/0092 zur Kenntnis. In der Ausschusssitzung am 23. 03.2010 ist durch den Geschäftsbereich 1 ein Termin für Workshop und Umsetzung zu benennen.

**zu 4.6 Pierre-de-Coubertin-Oberschule
Vorlage: 09/SVV/1068**

Frau Drohla bringt einen neuen Antragstext ein und bittet um Abstimmung des Antrages.

Antragstext neu:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert den belangen der Pierre-de-Coubertin Oberschule einen höheren Stellenwert einzuräumen und

- 1. beim Staatlichen Schulamt Brandenburg zu beantragen, dass ein Pool von Förderstunden zur Verfügung gestellt wird, der dem besonderen Förderbedarf der Schüler wirklich entspricht,**
- 2. vom KIS einen zeitnahen zuverlässigen Finanzierungsplan der seit Jahren anstehenden, dringend notwendigen Sanierungen des Schulgebäudes zu fordern.**

Frau Ewers informiert, dass der Antrag der Pierre-de-Coubertin- Oberschule auf Stundenzuweisung im Fachbereich Schule und Sport vorliege. Der Antrag wurde mit der Bitte, ihn wohlwollend zu prüfen und mit entsprechenden Hinweisen auf den Sozialatlas, an das Staatliche Schulamt geschickt. Dem Fachbereich Schule und Sport liegt die kleine Anfrage 10/SVV/0115 vor. Diese wurde schriftlich beantwortet. Richtig ist, dass die Investitionsplanung des KIS mit dem Investitionsplan der Landeshauptstadt Potsdam abgestimmt ist. Insoweit gebe es keine Veränderungen der geplanten Summen. Weiterer Sanierungsbedarf am Schulstandort wäre in den Investitionsplan ab 2013 aufzunehmen. Der Antrag müsse abgelehnt werden.

Frau Drohla sehe Handlungsbedarf. In die Schule regne es rein. Darauf müsse man reagieren.

Frau Ewers erklärt, dass die Dachreparatur aus Werterhaltung zu realisieren sei und nicht aus investiven Mitteln. Der Antrag habe sich aus Ihrer Sicht durch Verwaltungshandeln erledigt. Für 2010 seien 600 TEuro für Brandschutz und 100 TEuro für ein Fachkabinett eingestellt. Für 2011 seien 500 TEuro für die Sanierung des Schulgebäudes geplant. Diese Planung sei mit der Schulleiterin abgestimmt.

Frau Drohla bittet um Abstimmung des Antrages.

Frau Engel-Fürstberger stellt den **Geschäftsordnungsantrag:**
Der Antrag 09/SVV/1068 ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

Herr Menzel meint, man solle Vertrauen in die Verwaltung setzen und kritisch beobachten.

Herr Schröder verweist darauf, dass die Investitionsplanung im Rahmen der Haushaltsdiskussion besprochen werde. Er lässt den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis des Geschäftsordnungsantrages:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag 09/SVV/1068 ist durch Verwaltungshandeln erledigt.

**zu 4.7 Potsdamer Gesamtschulkapazitäten bedarfsgerecht gestalten
Vorlage: 09/SVV/1165**

Herr Wollenberg informiert, dass es noch Klärungsbedarf gebe. Er bittet darum, den Antrag bis zur Sitzung am 23.03.2010 zurückzustellen.

Der Antrag wird bis zur Sitzung am 23.03.2010 zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Steuerungsgruppe des Projektes Minispielfelder im Land Brandenburg in ihrer Dezembersitzung 2009 die eingereichten Bewerbungen geprüft habe. Es gab 5 Bewerbungen aus Potsdam (Internationale Grundschule, ESV Lok Potsdam-Sportplatz Berliner Straße, FV Turbine Potsdam 55-Sportplatz Waldstadt, Grundschule Fahrland, Landessportbund Kita/Hort). Potsdam erhielt 2 Zusagen für FV Turbine Potsdam 55-Sportplatz Waldstadt und Landessportbund Kita/Hort. Der erforderliche Eigenanteil wird von den Vereinen erbracht.

Herr Menzel fragt, was mit dem Antrag Groß Glienicke sei.

Frau Ewers erklärt, dass Groß Glienicke vom Land nicht berücksichtigt wurde.

zu 5.1 Information zum Landeswettbewerb "Jugend musiziert"

Herr Prof. Dr. Thiel informiert, dass am 26. und 27. März 2010 der Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ zum zweiten Mal in Potsdam durchgeführt wird. Erwartet werden ca. 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Brandenburg, die sich als musizierende Kinder und Jugendliche im Alter von 7 - 22 Jahren in den verschiedenen Ausscheiden auf Regionalebene für diesen Wettbewerb qualifiziert haben. Grundlage des Verwaltungshandelns sei die zwischen dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam und dem Geschäftsführer des Landesverbandes der Musikschulen Brandenburg (LVdMB) getroffene Vereinbarung zur Durchführung des Landeswettbewerbes vom 06.03.2007, welche die Leistungen der Landeshauptstadt für die Wettbewerbe 2007 und 2010 regelt. Der Wunsch des LVdMB als Veranstalter, diesen Wettbewerb möglichst räumlich konzentriert stattfinden zu lassen, werde 2010 realisiert. Zentraler Austragungsort sei der Kulturstandort Schiffbauergasse mit Spielstätten im Waschhaus, in Fabrik, t-werk und Schinkelhalle, Außerdem werden der Treffpunkt Freizeit sowie die Städtische Musikschule als Lokalitäten für die Wertungsvorspiele einbezogen. Der Wettbewerb wird in Solo-Kategorien (wie z.B. Akkordeon und Streichinstrumente) sowie in Duo- und Ensemblebesetzungen (wie z.B. Klavier-Kammermusik sowie Alte-Musik-, Zupf- und Vokal-Ensembles) ausgetragen.

Frau Dr. Magdowski lädt zum Abschlusskonzert am 27.03.2010 ab 19.00 Uhr in die Waschhausarena ein.

zu 5.2 **Volksinitiative "Musikalische Bildung für alle" - Berichterstattung**

Herr Prof. Dr. Thiel berichtet, dass sich die mit 32.000 Unterschriften vom Landesverband der Musikschulen Brandenburg e. V. (LVdMB) erfolgreich durchgeführte Volksinitiative, mit der Forderung nach einer Novellierung des bestehenden Musikschulgesetzes, an den brandenburgischen Landtag richte. Folgende Punkte seien neu zu fassen:

1. **Talentförderung und Ensemblespiel**

Zusätzliche Fördergelder sollen zur speziellen Begabtenförderung sowie zur Förderung des Ensemblespiels in Orchestern, Bigbands und Kammermusikgruppen zur Verfügung gestellt werden.

2. **Grundschulen musizieren**

Durch ein auf Dauer angelegtes Projekt des Klassenmusizierens soll allen Kindern einer Schulklasse - unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer Herkunft - eine kostenfreie musikalische Bildung ermöglicht werden.

3. **Festanstellungen**

Um eine pädagogisch planmäßige Arbeit zu sichern, brauchen die Musikschulen hoch qualifizierte Pädagogen, die durch Verbesserung ihrer Anstellungsverhältnisse und Vergütungen langfristig gebunden werden.

Zur Umsetzung dieser Ziele fordern die Unterzeichner der Volksinitiative eine deutliche Erhöhung der jährlichen Landesförderung um 2,6 Millionen € ab dem Jahre 2010. Damit würde sich das Land Brandenburg nach der unerwarteten Kürzung des Landeszuschusses im Jahre 2003 statt wie zuletzt mit 9,5% wieder mit einem Anteil von ca. 15% an den Gesamtausgaben der 28 öffentlichen Musikschulen in Brandenburg beteiligen. Am 13. Januar 2010 fand eine diesbezügliche Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landtages Brandenburg statt. Nach Pressemeldungen (PNN vom 04.2.2010) plane die Landesregierung, dass die Musikschulen in diesem Haushaltsjahr 1,4 Millionen € mehr erhalten sollen.

zu 6 **Sonstiges**

Frau Drohla verweist darauf, dass in der Ausschusssitzung am 27.01.2010 die Goethe-Schule behandelt wurde. Der Ortsbeirat Fahrland habe in seiner Sitzung am 19.01.2010 die Aussetzung des Beschlusses zur Schließung der Goethe-Gesamtschule beschlossen (09/OBR/0247). Sie bittet um eine Antwort der Verwaltung.

Frau Ewers informiert, dass sie die Antwort heute unterschrieben habe. An der Diskussion zum Schulentwicklungsplan wurden alle Ortsbeiräte beteiligt. Der Oberbürgermeister habe keinen Anlass, den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Schulentwicklungsplan aufzuheben.

Herr Schröder fragt Frau Drohla, ob sich der Bildungsausschuss mit Beschlüssen des Ortsbeirates befassen müsse.

Frau Ewers meint, diese Frage sei grundsätzlich zu klären.

Frau Ewers antwortet auf die von Frau Dr. Orłowski gestellte Frage zum Helmholtz-Gymnasium. Als Ausweich für den gesperrten Kunstraum wurde dem Gymnasium für die vorübergehende Nutzung ein Raum im Haus 1 auf dem Gelände

der Stadtverwaltung angeboten. Es gebe noch keine Rückantwort der Schule, ob sie einverstanden sei.

Frau Engel-Fürstberger erklärt, dass sich die Prüfung zu ÖPP über ein Jahr hinziehe und das Helmholtz-Gymnasium dadurch nicht beim Brandschutz berücksichtigt wurde.

Herr Schröder schlägt vor, die Diskussion zu ÖPP im Rahmen der Haushaltsberatung- Schulinvestitionen zu führen.

Herr Menzel fragt, warum der Schulerweiterungsbau der Grundschule Hanna von Pestalozza in Groß Glienicke, der seit einiger Zeit fertig ist, nicht genutzt und eröffnet werde.

Frau Ewers informiert, dass der Mietvertrag zum 01.03.2010 abgeschlossen werden soll und dann die Möbellieferung bis Mitte/Ende April erfolgen werde. Dann werden die Räume eingerichtet und ausgestattet. Es werde Schritt für Schritt umgezogen. Der Termin für die Gebäudebegehung werde laut Aussage der Schulleiterin mit dem Tag der offenen Tür, voraussichtlich am 08.05.2010, verbunden.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin